

RM Berner führt aus, dass sämtliche Lebenshaltungskosten gestiegen sind. Die SPD-Fraktion spricht sich dafür aus, die Grundsteuer aufkommensneutral zu erheben, damit sollen Personen mit geringerem Einkommen und auch Mieter entlastet werden, welche im Rahmen von höheren Nebenkosten ebenfalls von der Grundsteuererhöhung betroffen sind. Er weist darauf hin, dass die umliegenden Kommunen ebenfalls eine aufkommensneutrale Grundsteuer erheben werden. Er spricht sich dafür aus, den Hebesatz nicht bei 480 Punkten zu belassen.

RM Buß erläutert, dass dem Beschlussvorschlag den Hebesatz auf 480 Punkte festzulegen, nicht gefolgt werden kann. Es müssen neue Wege gefunden werden, welche nicht die Bürgerinnen und Bürger belasten. Er weist auf die hohen Kosten für Eigentümer älterer Immobilien hin.

RM Homfeldt weist darauf hin, dass der einzige Weg Mehreinnahmen zu generieren, Steuererhöhungen sind, da kein Einsparpotential mehr vorhanden ist. Die Gelder des OOWV für das Abwassernetz sollen nicht für den Schuldenabbau genutzt werden, sondern für Investitionen, so RM Homfeldt weiter.

RM Just führt aus, dass er für eine aufkommensneutrale Erhebung der Grundsteuern stimmt. Der Hebesatz würde bei dieser Betrachtungsweise bei 388 Punkten liegen. Er berichtet von einem Beispiel, bei dem ein Mieter monatlich 50,00 € mehr zahlen muss.

RM Just stellt den Antrag den Hebesatz auf 388 Punkte festzulegen.

RM Grimpe führt aus, dass es rechtlich nicht zulässig gewesen wäre, wenn der Bundesgesetzgeber, wenn der Bundesgesetzgeber vorgeschrieben hätte, dass die Grundsteuer aufkommensneutral erhoben werden muss. Er weist darauf hin, dass durch die Beibehaltung der Erhöhung ca. 1 Mio. Euro eingenommen werden und auch Bund und Land Mehreinnahmen generieren, welche den Bürger letztendlich belasten.

RM Ottens macht deutlich, dass es sich um keine zweite Erhöhung der Grundsteuern handelt, da der Hebesatz, welcher 2023 beschlossen wurde beibehalten werden soll. Er weist darauf hin, dass die restlichen kreisangehörigen Kommunen die Defizite im Haushalt durch Rücklagen decken können, welche in Schortens nicht vorhanden sind. Ferner geht er auf eine mögliche Erhöhung der Kreisumlage ein, die dafür sorgen wird, dass die Hälfte des Haushaltsvolumens an den Landkreis gezahlt werden muss.

Es wird über den Antrag von RM Just abgestimmt.

Der Antrag wird bei 8 Stimmen dafür, 1 Enthaltung und 20 Gegenstimmen abgelehnt.

Es wird über den Beschlussvorschlag abgestimmt.

Mehrheitlich wird bei 8 Gegenstimmen, 1 Enthaltung und 20 Stimmen dafür nachfolgender Beschluss gefasst: